

Parteien – In Hannover feiert die Partei sich und Claudia Roth. Tübinger OB verliert seinen Sitz im Parteirat

Grüne watschen Boris Palmer ab

VON BRIGITTE GISEL

HANNOVER. Erst sieht so aus, als hätten sich auf dem Parteitag alle richtig lieb. Claudia Roth strahlt nach einem Super- Wahlergebnis von 88,5 Prozent, Cem Özdemir, der Parteispitzen-Mann an ihrer Seite ebenso, Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin, die als Spitzenkandidaten in den Parteirat einzogen, sowieso. Doch dann wollen die Delegierten am Samstagabend einen nicht mehr mitspielen lassen. Boris Palmer fliegt mit 46,7 Prozent und damit dem schlechtesten Ergebnis aller neun Kandidaten aus dem Parteirat, dem ranghöchsten parteiinternen Koordinierungsgremium. allzu sehr als »Ego-Shooter« sei der Tübinger OB in Erscheinung getreten, bruddelt ein badischer Delegierter. Offenbar goutierten die Parteivertreter weder Palmers Facebook-Aktivitäten, mit denen er für einen Kurs hin zur bürgerlichen Mitte warb, noch seine Versuche, im Vorfeld der Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl mehr als ein Wörtchen mitzureden. »Ich bin halt kein bequemer Typ«, diktiert er danach den Journalisten in die Blöcke. »Das war ein Ventil für den Frust über den Ausgang der Urabstimmung.« In der Fragerunde gibt er sich grantig. »Ich habe Frau und Kind und außerdem einen Job mit 80-Stunden-Woche. Da kann ich am nächsten Tag nicht erst um 14 Uhr ankommen«, bescheidet er den Kreisverband Leipzig, dessen Vertreterin wissen wollte, weshalb sich Palmer einen Flug von Leipzig nach Stuttgart habe zahlen lassen. Kühl schickt er den Rat hinterher, sich »seine Gegner doch außerhalb der Partei zu suchen«.

Links von der Mitte

Arvid Goletz, Tübinger Delegierter und Grünen-Stadtrat, schüttelt den Kopf. »Er war der einzige Kandidat aus der Kommunalpolitik und er hat klare Erfolge vorzuweisen.« Palmer selbst ist eine Stunde später schon wieder per Facebook aktiv: »Aus dem Parteirat wurden auch Fritz Kuhn und Katrin Göring-Eckardt schon rausgewählt.« Es ist der einzige Streitpunkt eines harmonischen Parteitages. Ein Redner nach dem anderen schießt sich auf Schwarz-Gelb ein. In der Sozialpolitik nimmt die Partei ein Stückchen links von der Mitte Platz, kämpft für einen Mindestlohn von 8,50 Euro, die Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 49 Prozent und mehr Geld für Hartz-IV-Empfänger sowie eine Aussetzung des Sanktionensystems. Beschlossen hat sie zudem den Einstieg in die Kindergrundsicherung und eine armutsfeste Standardrente. Finanzieren wollen die Grünen das durch Vermögensabgabe, höhere Kapitalertrags- und Erbschaftssteuern. Weitergehende Forderungen lassen die Delegierten klar scheitern. »Das tut richtig weh«, räumt Beate Müller-Gemmeke, die Reutlinger Bundestagsabgeordnete, ein. Sie hätte gern den Verzicht auf alle Sanktionen ins Konzept geschrieben. Doch letztlich ist sie ebenso zufrieden wie der Reutlinger Landtagsabgeordnete Thomas Poreski. »Sozialpolitik kommt durch«, sagt der. Müller-Gemmeke tröstet sich mit den Positionen zu Leiharbeit und Werkverträgen. Nach der eher trockenen Debatte ist Claudia Roths Wiederwahl der Ausgleich fürs grüne Herz. Angespannt und nervös tritt sie ans Rednerpult, dann hangelt sich die Parteichefin mit ihrer Rede selbst aus dem tiefen schwarzen Loch, in das sie nach der Urwahl gefallen war. »Die Trauerzeit ist vorbei«, ruft Roth und wird von Zwischenapplaus zu Zwischenapplaus selbstbewusster, bis sie zum Schluss ironisch verspricht, auch weiter zu nerven. Als an den Tafeln ihr Wahlergebnis aufleuchtet, brodeln die Saal. Hatten die Delegierten womöglich ein schlechtes Gewissen? Baden-Württembergs Umweltminister Winfried Hermann sieht das nicht so. Roth sei eine gute Parteivorsitzende, bei der Urabstimmung habe die Parteibasis aber eine »weise Entscheidung« getroffen: Vorstand und Spitzenduo repräsentierten jetzt die ganze Bandbreite der Partei. Am Sonntagmorgen dann noch ein Zugeständnis an den Wahlkampf in Niedersachsen. Der Gorleben-Antrag wird zugespitzt. Bei der Suche nach einem Atommüll-Endlager werden die Grünen nur einem Verfahren zustimmen, das »geologisch ungeeignete Standorte wie Gorleben« ausschließt. (GEA)